



14.10.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Mit dem Bürgergeld lassen wir endlich Hartz IV hinter uns. Wir führen mit der größten Sozialreform seit 20 Jahren eine neue Grundsicherung ein: nicht mehr schnell irgendeinen Job sondern langfristig und nachhaltig eine gute Arbeit zu finden ist das Ziel. Dafür orientieren wir uns an den Stärken und Vorstellungen der Arbeitslosen und stellen eine breite Unterstützung zur Verfügung: vom Lesen und Schreiben, dort wo die Schule versagt hat, bis zum Nachholen einer Ausbildung.

Häufig wird in der Diskussion hauptsächlich über die finanzielle Höhe gesprochen. Den Regelsatz werden wir deutlich erhöhen. Viel wichtiger ist für uns aber der Ansatz, Menschen neue Möglichkeiten und Chancen zu geben, um wieder in Arbeit zu kommen. Denn die allermeisten arbeitssuchenden Menschen wollen arbeiten. Persönliche und Gesundheitliche Hürden wollen wir helfen aus dem Weg zu räumen. Ich habe gestern in meiner Rede im Bundestag deutlich gemacht, dass viele Unternehmer keine unmotivierten Bewerbungen auf dem Tisch haben wollen, sondern Menschen suchen, die qualifiziert und motiviert sind. Genau dies werden wir mit dem Bürgergeld erreichen: Einen echten Paradigmenwechsel und ein Sozialstaat der allen zur Seite steht, die ihn gerade brauchen.

Das neue Bürgergeld.

**Mehr soziale Sicherheit.
Mehr Gerechtigkeit.
Mehr Chancen.**

SPD
Fraktion im
Bundestag

Und während andere gerade versuchen populistisch Geringverdienende gegen arbeitslose Menschen oder Flüchtlinge auszuspielen übernehmen wir Verantwortung für das ganze Land und haben alle im Blick:

- Rentnerinnen und Rentner erhalten im Dezember ebenfalls die 300€ Energiepreispauschale. Diese werden ebenfalls versteuert, aber nicht auf Sozialleistungen angerechnet, sodass gerade diejenigen mit kleinen Renten mehr bekommen, als diejenigen mit großen Pensionen.
- Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben mit der Auszahlung des Septembergehalts ebenfalls die Energiepreispauschale erhalten.
- Für Familien erhöhen wir das Kindergeld um 18 Euro monatlich und den Kinderzuschlag um 21 Euro

- Geringverdienende profitieren von der Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro. Bei einer Vollzeitbeschäftigung bedeutet das 280 Euro Brutto mehr.
- Durch die Wohngeldreform zum 01.01. und dem neuen Wohngeld Plus weiten wir das Wohngeld für 1,4 Millionen Haushalte aus. 4,5 Millionen Menschen mit kleinen Einkommen werden hierdurch dauerhaft unterstützt. Das Wohngeld wird sich ab Januar auf durchschnittlich 370€ verdoppeln, zudem integrieren wir den Heizkostenzuschuss ab dann als dauerhafte Komponente in die Leistung. Wie bereits im letzten Newsletter ermutige ich noch einmal alle, nachzuprüfen, ob man anspruchsberechtigt ist. [Dies geht ganz einfach mit dem Wohngeldrechner des Bundesbauministeriums hier.](#)
- Bonuszahlungen, die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ihren beschäftigten gewähren werden bis zu einer Höhe von 3000€ steuerfrei gestellt.

[Alle Entlastungen gibt es übersichtlich in Ausgabe 99 meines Newsletters hier.](#)

Ich bin der festen Überzeugung: **Gemeinsam und solidarisch müssen wir handeln. Wer wie die Union versucht arme Menschen gegen vor einem verbrecherischen Angriffskrieg fliehende Menschen auszuspielen sitzt zu Recht in der Opposition und darf dort noch lange bleiben.**

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine dauert weiter an. Um die Folgen dieses Kriegs abzumildern wurde in der letzten Sitzungswoche das nunmehr dritte Entlastungspaket von Olaf Scholz angekündigt. Schon in dieser Woche haben wir im Bundestag das für die Finanzierung nötige Gesetz auf den Weg gebracht: Mit 200 Milliarden Euro werden wir eine Gaspreisbremse einführen, die einen Grundbedarf an preiswerter Gasversorgung sicherstellen wird. Dafür hat die einberufene Expertenkommission am Wochenende Maßnahmen in 2 Stufen vorgeschlagen:

1. Eine Einmalzahlung für alle Haushalte mit Gas- und Fernwärmeverträgen. Hierfür soll die Abschlagszahlung für Dezember für alle Haushalte übernommen werden.
2. Ab dem 1. März 2023 wird der Preis für ein Kontingent (80 % des Verbrauchs, der der Abschlagszahlung aus September 2022 zugrunde gelegt wurde) auf 12. Ct/kWh begrenzt; oberhalb dieses Kontingents wird der volle Marktpreis fällig.

Für industrielle Verbraucher wird Der Preis für ein Kontingent (70 % des Verbrauchs des Jahres 2021) auf 7 Ct/kWh begrenzt, oberhalb dieses Kontingents wird der volle Marktpreis fällig. Die 7 Cent entsprechen hierbei den 12 Cent, da es sich dabei um den brutto-Preis handelt.

Dieser Vorschlag ist eine gute Grundlage für die nun anstehenden parlamentarischen Beratungen. Gerade für uns im ländlichen Raum ist es zudem wichtig, auch andere Rohstoffarten im Blick zu haben. Die Preise für Holzpellets oder Heizöl sind ebenfalls stark gestiegen. Allerdings gibt es hier andere Strukturen: Man bezahlt keine monatlichen Abschläge, sondern einmalig einen größeren Betrag. Deshalb ist es hier auch deutlich schwieriger eine gerechte Lösung zu finden, um die Preise im Griff zu haben. Durch die Gaspreisbremse wird zudem auch die Inflation bekämpft, was für alle Preise nützlich ist. **Wir werden nun alle Optionen beraten und dafür sorgen, dass niemand, der die gestiegenen Kosten nicht stemmen kann, allein gelassen wird.**

Nachdem im Sommer leider ein Termin von meiner Veranstaltungsreihe „Urlaub in der Heimat“ kurzfristig entfallen musste, freue ich mich umso mehr, dass wir diesen Termin noch in diesem Jahr nachholen können. Am 26. Oktober um 10 Uhr besuchen wir gemeinsam das Lahn-Marmor-Museum in Villmar. Alle Interessierten sind herzlich hierzu eingeladen. [Zu weiteren Informationen und zur Anmeldung geht es hier.](#)

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt